

P R O T O K O L L
der 368. Sitzung des Grossen Gemeinderats

Datum	Dienstag, 19. Mai 2015
Zeit	19.30 – 21.00 Uhr
Ort	Aula der Schulanlage Moos
Anwesend Vorsitz	Beat Schneider
Mitglieder	Aebersold Jürg, Anrig Marc, Arn Daniel, Bärtschi Annik, Bärtschi Daniel, Brunner Joe, Burkhard Fabian, Damke Andreas, Fitze Wehrle Barbara, Grubwinkler Christa, Gubler Matthias, Humm Martin, Kästli Marc, Kempf Stefan, Kneubühler Peter, Legler Bettina, Mäder Renate, Mallepell Elisabeth, Raaflaub-Minnig Ruth, Racine Raphael, Reimers Markus, Ritschard Daniel, Rösli Patrick, Schmitter Beat, Schwander Fritz, Senn Katjana, Spycher Christian, Thut Walter, von Gunten Adrian, Wegmüller Beat
Stimmenzählende	Thut Walter (a.o.), Schwander Fritz
Vertreter des Gemeinderats	Hanke Thomas, Gemeindepräsident Gubler-Geelhaar Patricia, Häusermann Martin, Künzi-Egli Barbara, Lack Stephan, Pedinelli Stotz Daniela, Staub Christian
Sekretärin	Pulfer Karin, Gemeindeschreiberin
Zusätzlich anwesend	Mävers Sebastian, Leiter Hochbau + Planung (Traktandum 4) Rutschi Reto, Finanzverwalter (Traktandum 5)
Entschuldigt abwesend	GGR: Bärtschi Markus, Brügger Yong, Corti Andrea, Jordi Kevin, Marti Beat, Müller Frei Lisa, Siegenthaler Muinde Gabriele, Sigrist Roman, Stettler Jürg
Protokoll	Koch Anni, Gemeindeschreiberin-Stv.

Geschäfte 13

Traktanden

1	Protokoll der Sitzung vom 21. April 2015	380
2	Kommission Abstimmungen + Wahlen; Ersatzwahl	380
3	Kulturkommission; Ersatzwahl	380
4	Kauf Grundstück und Gebäude Post Gümligen	380
5	Jahresrechnung 2014 der Gemeinde Muri bei Bern	384
6	Verwaltungsbericht 2014 der Gemeinde Muri bei Bern	388
7	Rahmenkredit für den baulichen Unterhalt von Gemeindestrassen 2014; Abrechnung	389
8	Motion Treier (FDP) / Häusermann (forum) / Wegmüller (SP): ASP mit Einbezug des Grossen Gemeinderats; Zwischenbericht	389
9	Motion SP-Fraktion: Einführung der Volksmotion - Stärkung der Demokratie!	391
10	Interpellation forum betr. Massnahmen gegen weiteren Fluglärm auf dem Gemeindegebiet	394
11	Einfache Anfrage Aebersold (SVP) betr. "Containerdorf" im Sportzentrum Füllerich	395
12	Informationen des Gemeinderats / der parl. Kommissionen	396
13	Neue parlamentarische Vorstösse	396

Der Vorsitzende eröffnet die 368. Sitzung und stellt die Anwesenheit von 31 Ratsmitgliedern fest. Er begrüsse die Mitglieder des Gemeinderats und des Grossen Gemeinderats, die Vertreterinnen und Vertreter der Presse und die Zuhörer im Saal. Seitens der Verwaltung begrüsse er Sebastian Mävers, Leiter Hochbau + Planung, sowie Reto Rutschi, Finanzverwalter.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass eine Karte mit guten Besserungswünschen für Lisa Müller Frei zur Unterschrift im Rat zirkuliere. Ferner sei er von den Stimmzählern darauf aufmerksam gemacht worden, dass es einfacher wäre, wenn bei der Stimmabgabe ein deutliches Handzeichen – also ein richtiges Hochhalten der Hand – gegeben würde.

Ein Thema des heutigen Abends sei u.a. die Jahresrechnung 2014, weshalb er zur Sitzungseröffnung wieder ein Zitat von Karl Marx gewählt habe: *"Das Geld ist nicht eine Sache, sondern ein gesellschaftliches Verhältnis"*.

Für den entschuldigten Kevin Jordi sei ein ausserordentlicher Stimmzähler zu wählen und die forum-Fraktion schlage Walter Thut vor. Dagegen werden keine Einwände erhoben.

Traktandenliste

Gegen die Traktandenliste werden keine Einwände erhoben.

1 **Protokoll der Sitzung vom 21. April 2015**

Beschluss

Das Protokoll wird genehmigt.

2 **Kommission für Abstimmungen + Wahlen; Ersatzwahl**

Der Vorsitzende führt aus, als Ersatz für den auf den 30. April 2015 zurückgetretenen Hans Aeschbacher schlage die SVP Muri-Gümligen Patrick Spycher, Dorfstrasse 82, 3073 Gümligen, zur Wahl vor.

Der Vorschlag wird weder ergänzt noch wird geheime Wahl verlangt.

Beschluss

Patrick Spycher wird einstimmig für den Rest der laufenden Amtsdauer als Mitglied der Kommission für Abstimmungen + Wahlen gewählt.

3 **Kulturkommission; Ersatzwahl**

Der Vorsitzende führt aus, als Ersatz für die auf den 31. März 2015 zurückgetretene Ramona Beck schlage die FDP. Die Liberalen Muri-Gümligen Michael Stalder, Elfenaustrasse 41, 3074 Muri bei Bern, zur Wahl vor.

Der Vorschlag wird weder ergänzt noch wird geheime Wahl verlangt.

Beschluss

Michael Stalder wird einstimmig für den Rest der laufenden Amtsdauer als Mitglied der Kulturkommission gewählt.

4 **Kauf Grundstück und Gebäude Post Gümligen**

Der Vorsitzende orientiert, zur Auskunftserteilung stehe Sebastian Mävers, Leiter Hochbau + Planung, zur Verfügung.

Christian Spycher führt aus, die GPK habe das vorliegende Geschäft diskutiert und empfehle dem Grossen Gemeinderat mit einer Enthaltung, dieses anzunehmen. Das Postgebäude liege in einem dynamischen Quartier und der Kauf mache aus strategischen Gründen Sinn. Die Abbildung 1 auf Seite 1 der Botschaft, mit Baurecht grün umrandet und Eigennutzung rot umrandet, verdeutliche dies. Die Kommission habe die vorliegende Immobilienbewertung Mössinger – zusammen mit dem Entwurf des Kaufvertrages – im Zusammenhang mit dem Nutzungspotenzial und den Verhandlungen mit der Post Immobilien Management und Services AG bezüglich Kaufpreis und Rückmiete gewürdigt und diskutiert. Das laufende Baurecht (13 Jahre) sei durch die Gemeindebetriebe (gbm) erworben worden. So sei eine planerische Nutzung – sprich Potenzialnutzung – durch die Gemeinde möglich. Aus diesen Gründen empfehle die GPK dem Grossen Gemeinderat, die vorliegenden Beschlüsse zu genehmigen.

Thomas Hanke führt als gemeinderätlicher Sprecher aus, er habe vorab einen Hinweis zur Abbildung 1 in der Botschaft anzubringen; dies sei bei der Drucklegung verloren gegangen: Die gelben Flächen würden das Grundeigentum im Besitz der Ge-

meinde darstellen; grün umrandet, was im Baurecht abgegeben sei und rot umrandet, was die Gemeinde selber nutze. Es sei versucht worden, nebst den "Essentialia" des Kaufvertrages in der Botschaft die Ursachen bzw. Entstehungsgeschichte des heutigen Geschäfts ausführlich darzustellen. Darauf wolle er nicht mehr eingehen, sondern dem Rat nachfolgend die Chancen und Risiken, die mit diesem Kauf verbunden seien, darlegen.

Zu den Chancen: Er sehe finanzpolitische, ortsplanerische und liegenschaftsstrategische Chancen.

- Finanzpolitisch:
Die bestehenden Baurechtsverhältnisse könnten auf Werterhalt und Wert-
erhöhung mit einer Entwicklung verbessert werden. Das Zentrumsgebiet könne
stabilisiert werden, was auch Steuereinnahmen generieren könne.
- Ortsplanerisch:
Hier könne man erfreut feststellen, dass der laufende Ortsplanungsprozess mit
den Werkstattgesprächen eigentlich in die gleiche Richtung stosse.
Mit dem Erwerb der Postliegenschaft könne eine Eigentumslücke geschlossen
und so die Gemeindeentwicklung an strategischer, neuralgischer Lage wirksam
gesteuert werden. Die Voraussetzung zur baulichen Nachverdichtung werde ge-
schaffen und es könnten Wohn- und Dienstleistungsflächen generiert werden.
Wir würden die Siedlungsaufwertung, die Ortsbildqualität und Lebensqualität
durch eine gute Stabilisierung von Zentrumsfunktionen fördern.
- Liegenschaftsstrategisch:
Das Entwicklungsmodell und die Trägerschaft seien noch nicht abschliessend
definiert; es seien alle Planungsoptionen offen. Wir hätten aber entweder die
Chance auf ein attraktives Objekt im Finanzvermögen oder die Chance auf eine
Wertoptimierung im Verwaltungsvermögen (bis zu einer preiswerten Alternative
zur Sanierung des bestehenden Verwaltungsgebäudes).

Zu den Risiken:

- Man könnte uns vorwerfen, dass wir in einem Gebiet einsteigen würden, welches
zurzeit einen "Niedergang" erfahre. Die Zentrumsfunktion sei bei Migros / Coop
im neuen Gebäude anzusiedeln und die Umgebung habe einen Nachholbedarf.
Wir würden aber über eine glaubwürdige Vision für eine Gesamtüberbauung
verfügen, unter Einbringung von zwei Parzellen und bereits erfolgter Anbindung
von wichtigen Nutzern: gbm, Post und die Gemeinde selber.
- Das Investitionsrisiko würden wir dadurch splitten, dass die Coop-Liegenschaft
im Besitz der gbm sei und diese die Entwicklung mittragen würden.
- Selbst bei einem – nicht gewollten – Verzicht auf eine Gesamtüberbauung
würden wir über einen attraktiven Rückmietvertrag mit der Post verfügen. Die
Rendite belaufe sich auf rund 3,8 %.
- Das Wertpotenzial des Areals sei mittels Studien fundiert abgeklärt und von
Dritten – nicht nur von Mössinger, man habe noch zwei andere Firmen beige-
zogen – überprüft und bestätigt worden.
- Der ausgehandelte Liegenschaftswert sei unabhängig geprüft worden; bei Ver-
änderung der Rahmenbedingungen wäre so grundsätzlich eine verlustfreie
Weiterveräusserung möglich.
- Letztlich könnten wir uns – im Rahmen einer Risikominimierung – einzig auf die
Position der Baurechtsgeberin beschränken.

Man sehe, dass sich uns mit diesem Kauf eine grosse Chance zu einem – wie Herr
Künzi in der BZ vom 8. Mai 2015 geschrieben habe – "ersten Schritt zum Dorf-

zentrum" in Gümligen öffne und die Risiken sehr kalkulierbar seien. In diesem Sinn bitte er den Rat, dem Antrag des Gemeinderats zuzustimmen.

Eintreten wird nicht bestritten.

Katjana Senn erklärt, die SVP-Fraktion unterstütze den Gemeinderat in seinen Bemühungen vorbehaltlos, die Liegenschaftsparzelle 2429 an der Füllerichstrasse 55 zu kaufen. Folgende Gründe halte die SVP-Fraktion für entscheidend:

- Die Lage sei absolut zentral und daher von grosser raumplanerischer Bedeutung. Es sei die Aufgabe der Gemeinde, solche seltenen Gelegenheiten zu nutzen, damit Investitionen für die Zukunft getätigt werden könnten.
- Mit dem Kauf der Nebenparzelle (ehemals Coop) durch die Gemeindebetriebe entstehe für die Gemeinde eine optimale Voraussetzung für die zwingende folgende Planung über den ganzen Perimeter. Die planerischen Fäden würden so einzig in der Hand der Gemeinde liegen, was nur ein Vorteil sein könne.
- Der Kaufpreis der Liegenschaft sei vertretbar und liege im Rahmen der in der Gemeinde geltenden Preise.
- Der "Deal" mit der Post, diese bei einem Neubau vorerst in ein Provisorium auszulagern und dann anschliessend als Mieter am gleichen Standort wieder unterzubringen, erachte die SVP als sinnvoll und sei wichtig für die Bevölkerung von Gümligen.
- Die im Kaufvertrag genannten Kosten für die zwischenzeitliche Auslagerung erachte die SVP als hoch; sie seien aber auf Grund der Zusicherung der Post, künftig als Mieter im Neubau einzuziehen, gerechtfertigt.
- Die Schaffung von günstigem Wohnraum an dieser bevorzugten Wohnlage erachte die SVP als zwingend. Bei der Planung einer Überbauung müsste deshalb geprüft werden, ob ein Teil der Wohnungen nicht als Alterswohnungen – zum Beispiel im Sinn des Projekts "GenerationenWohnen" – gebaut werden könnte.
- Sie habe noch eine Frage, die sie gerne beantwortet hätte: Das der Gemeinde gehörende ehemalige Postgebäude an der Schulhausstrasse sei heute an die ISB vermietet. Nach dem Wegzug der ISB ins Siloah werde sicher auch die KITA dorthin ziehen. Ob es nicht zumindest prüfenswert wäre, spätestens dann diese Liegenschaft zu verkaufen? So könnte ein Teil der Erwerbskosten für den Kauf der Post wieder hereingeholt und der "ursprüngliche Eigentumszustand" wieder hergestellt werden.

Die SVP-Fraktion begrüsse den Kauf und stimme deshalb dem vorliegenden Antrag zu.

Daniel Ritschard führt aus, er hätte namens der SP-Fraktion nicht ein besseres Plädoyer für die Notwendigkeit einer aktiven Bodenpolitik der Gemeinde halten können, als es nun von den beiden bürgerlichen Sprechern schon zu hören gewesen sei. Die SP unterstütze das Geschäft selbstverständlich ebenfalls; sie sehe die gebotene Chance, an dieser zentralen Lage selber mitgestalten zu können. Natürlich habe die Post das Interesse der Gemeinde ebenfalls festgestellt, was die Verhandlungen beeinflusst habe, indem man mit dem Preis etwas entgegenkommen müssen. Nun sei man bei einem Kaufpreis – umgerechnet auf die Quadratmeter – von CHF 1'323.00 pro m². Dies sei ein stolzer Preis, sei aber vermutlich an dieser Lage nicht überrissen. Etwas anders sehe die Rechnung aus, wenn man die Zahlen im Kaufvertrag anschau. Eine diesbezügliche Berechnung ergebe einen m²-Preis von CHF 462.00; man habe dann aber ein Gebäude für CHF 1,3 Mio., welches bei einer allfälligen Überbauung einfach abgerissen werden müsste. Die SP-Fraktion stelle deshalb hier die Frage, ob die Gemeinde auch die Möglichkeit hätte, diese Beträge anders als im Kaufvertrag zu verbuchen, indem ein Ausgleich – etwas mehr an Land-, etwas weniger an Gebäudewert – vorgenommen werde? Es wäre schade, wenn eine Überbauungsordnung vor der Tür stehen würde und man sagen müsste,

man könne nicht CHF 1,3 Mio. vernichten, um die Überbauung zu realisieren. Dies sei die offene Frage, ansonsten stimme die SP-Fraktion dem Geschäft ebenfalls zu.

Markus Reimers erklärt, auch die FDP/jf-Fraktion unterstütze den in der Botschaft des Gemeinderats im Detail dargelegten Liegenschafts Kauf und empfehle dem GGR die Annahme des Objektkredites. Eine "Lücke" werde damit geschlossen und es würden sich verschiedene interessante Entwicklungsperspektiven eröffnen; einige davon seien bereits erwähnt worden, andere seien beispielsweise in den Werkstattgesprächen angedacht und diskutiert worden. Im Weiteren zeige die Gemeinde damit auch, dass sie auch ohne entsprechenden Fonds eine aktive und hoffentlich nachhaltige Bodenpolitik betreiben könne.

Walter Thut führt namens der forum-Fraktion aus, es sei gar nicht lange her, seit der GGR über eine mögliche Bodenpolitik der Gemeinde diskutiert habe, als insbesondere ein entsprechender Fonds das Thema gewesen sei, aber auch andere Ideen gewälzt worden seien. Nun, kurze Zeit später, hätten wir die Gelegenheit zu zeigen, wie es auch gehen könnte; auf eine einfache, fast ein wenig erzwungene, aber trotzdem gute Art. Dass der Gemeinderat seinerzeit das Grundstück aus der Hand gegeben habe, sei nachvollziehbar. Dass er es heute wieder zurücknehmen wolle, sei ebenfalls nachvollziehbar und werde auch vom forum unterstützt. Auch wenn die Parzelle nach dem Neubau am Turbenweg nicht mehr so im wirtschaftlichen Zentrum liege – wie vorher ausführlich dargelegt worden sei, obwohl er nicht wisse, ob es wirklich so schlimm sei –, so sei sie doch immer noch so viel wert, dass man sie gestalterisch und wirtschaftlich optimal nutzen könne. Eine Aufwertung der Parzelle sei ganz gut denkbar und die damit verbundenen Risiken könnten wohl in Grenzen gehalten werden. Durch den Umstand, dass die Post die Liegenschaft weiterhin benutzen wolle, vermindere sich das finanzielle Risiko für die Gemeinde. Es würden also gute Parameter vorliegen, um dort einzusteigen. Die Kosten für ein Provisorium während der Zeit eines Neubaus würden allerdings auf einem anderen Blatt stehen, seien aber heute kein Thema. Die Post sei eben eine selbstbewusste Verhandlungspartnerin, deshalb auch der Preis. Die Gemeinde dürfe keine Geschenke der Post erwarten, aber das forum sei der Meinung, die Konditionen seien marktgerecht. Dies sei zwar schwer abzuschätzen, sei aber von mehreren Seiten gründlich gerühmt worden. Die forum-Fraktion beantrage deshalb eine Zustimmung zu diesem Geschäft.

Das Wort wird nicht weiter verlangt.

Das Schlusswort wird von Christian Spycher nicht verlangt.

Thomas Hanke erklärt, er wolle auf die gestellten Fragen eine kurze Antwort geben:

1. Selbstverständlich werde sich der Gemeinderat Gedanken darüber machen, was mit der Liegenschaft an der Schulhausstrasse nach dem Auszug der ISB passieren und welche Funktion das Gebäude haben solle.
2. Zu den Berechnungen der m²-Preise: Wenn man aus dem Jahr 2005 die Verkaufspreisempfehlungen für den Turbenweg betrachte, so sei damals der Gemeinde empfohlen worden, den Sportplatz für CHF 1'250.00 pro m² zu verkaufen. Mit den CHF 1'323.00 liege man heute also absolut "im Hick". Er habe schon in der GPK erklärt, dass es die Post sei, welche verkaufe und sie habe definiert, wie viel sie für die Liegenschaft und wie viel für das Land aufgezeichnet haben wolle; es handle sich um die internen Kontenführungen der Post. Für die Gemeinde spiele dies keine Rolle; sie erwerbe eine Liegenschaft zu einem Gesamtpreis, schreibe sie ab und habe keine Auflagen, wo sie was und wie viel zu verbuchen habe.

Beschluss (30 Ja / 0 Nein / 1 Enthaltung)

1. Genehmigung eines Objektkredites von insgesamt CHF 2'090'000.00 (inkl. Handänderungskosten) für den Kauf der Liegenschaft Füllerichstrasse 55, 3073 Gümligen, Parzelle Muri b. Bern-Grundbuchblatt Nr. 2429, als Liegenschaft des Finanzvermögens.
2. Der Gemeinderat wird mit dem Vollzug dieses Beschlusses, namentlich dem Abschluss des Kaufvertrags, beauftragt.
3. Der Beschluss unterliegt dem fakultativen Referendum.

5 Jahresrechnung 2014 der Gemeinde Muri bei Bern

Der Vorsitzende orientiert, zur Auskunftserteilung stehe Reto Rutschi, Finanzverwalter, zur Verfügung.

Peter Kneubühler führt aus, die GPK habe die vorliegende Jahresrechnung 2014 detailliert unter die Lupe genommen und empfehle dem GGR einstimmig, dem Antrag des Gemeinderats zu folgen und die Jahresrechnung mit einem Ertragsüberschuss von rund CHF 1.9 Mio. zu genehmigen sowie die Nachkredite zur Kenntnis zu nehmen. Habe der Voranschlag 2014 noch einen Aufwandüberschuss von über CHF 923'000.00 budgetiert, schliesse die Rechnung für das gleiche Jahr nun mit einem um gut CHF 2.8 Mio. verbesserten Ergebnis ab. Zwei wesentliche Faktoren würden diesem erfreulichen Resultat zugrunde liegen: Zum einen seien höhere Steuererträge im Umfang von rund CHF 1.7 Mio. eingenommen worden; davon knapp CHF 1 Mio. aus in dieser Höhe nicht erwarteten Grundstückgewinnsteuern und gut CHF 750'000.00 Mehreinnahmen aus den ordentlichen Steuern. Zum andern stamme rund CHF 1 Mio. aus einem reduzierten Beitrag an den FILAG, wobei vor allem der "Obolus" zu Gunsten des Finanzausgleichs deutlich geringer als budgetiert ausgefallen sei.

Im Weiteren sei der GPK plausibel dargelegt worden, dass ohne die vom Souverän angenommene Erhöhung der Gemeindesteueranlage und der Liegenschaftssteuer in der Jahresrechnung 2014 ein Aufwandüberschuss von rund CHF 3.5 Mio. zu verzeichnen gewesen wäre. Als positiv zu werten sei zudem, dass sich der Realisierungsgrad der Investitionen im Jahr 2014 auf gut 120 % belaufen habe und nach zwei "mageren" Jahren wieder ein durchschnittliches Investitionsvolumen erreicht worden sei. Der erwirtschaftete Ertragsüberschuss von fast CHF 1.9 Mio. werde richtigerweise dem Eigenkapital zugeschlagen, womit dieses neu CHF 11.6 Mio. betrage und wieder drei Steuerzehnteln entspreche.

Bereits mit Blick auf den kommenden Voranschlag bzw. die nächste Rechnung sei die GPK darüber informiert worden, dass der komplexe und andauernde Prozess betreffend den für die Gemeinde im Jahr 2013 unvorhersehbaren Steuerausfall von rund CHF 2.4 Mio. noch immer nicht abgeschlossen sei. Seitens der Steuerverwaltung des Kantons Bern sei jedoch eine substantielle Antwort bis vor den Sommerferien in Aussicht gestellt worden. Nach wie vor liege es durchaus im Bereich des Möglichen, dass der Wegfall dieser beträchtlichen Steuergelder noch eine Korrektur erfahre.

Schliesslich möchte es die GPK an dieser Stelle nicht unterlassen, allen bei der Entstehung der Jahresrechnung involvierten, verantwortlichen und ausführenden Personen für die geleistete grosse Arbeit herzlich zu danken. Überzeugt habe die GPK insbesondere das neu geschneiderte Gewand, in welchem die Jahresrechnung dieses Jahr daherkomme.

Thomas Hanke führt als gemeinderätlicher Sprecher aus, er sei am Kürzen seines Referats, da Peter Kneubühler von 8 Punkten, die er sich notiert habe, 5 schon abgedeckt habe. Folgende Aspekte seien bei dieser Rechnung für den Gemeinderat wichtig:

- Das Gesamtergebnis, welches helfe, das Eigenkapital wieder auf die drei Steuerzehntel zu bringen; ein Legislaturziel, in welchem der Gemeinderat durch das Parlament unterstützt werde.
- Dort, wo die Gemeinde auf das Rechnungsergebnis Einfluss haben können – namentlich auch beim Sachaufwand –, sei souverän gearbeitet worden. Die Positionen, welche die Gemeinde selber beeinflussen können, seien so "gemanagt" worden.
- Die grosse Budgetgenauigkeit bei den Steuererträgen aus den ordentlichen Steuern sei beinahe schon etwas gefährlich. Dabei dürfe er aber nicht verhehlen, dass das Nichterreichen der budgetierten Steuererträge bei den juristischen Personen dem Gemeinderat etwas Sorgen bereite und die Entwicklung, die dazu geführt habe, müsse genau angeschaut werden.
- Eine Frage sei auch immer gewesen, ob der Gemeinderat mit der beantragten Steuererhöhung richtig gelegen sei oder nicht. Wäre die Steueranlage nicht erhöht worden, wäre letztes Jahr ein negativer Cashflow von CHF 3.5 Mio. erwirtschaftet worden; etwas, was wir uns nicht hätten erlauben können. Dank der Unterstützung des Parlaments sei eine Steuererhöhung im richtigen, notwendigen Sinn vorgenommen worden und wir könnten einen guten Rechnungsabschluss zur Kenntnis nehmen.

Gerne wiederhole er den Dank des GPK-Sprechers an den Finanzverwalter und an die Finanzverwaltung für die Vorbereitung und die Präsentation der Jahresrechnung. Den Ratsmitgliedern danke er für die Unterstützung der Anträge des Gemeinderats auf Seite 21 der Botschaft.

Der Vorsitzende erklärt, da die Jahresrechnung zwingend durch das Parlament beraten werden müsse, werde die Eintretensfrage nicht gestellt. Er schlage folgendes Vorgehen vor: Fraktionserklärungen, anschliessend Detailberatung und weitere Wortmeldungen. Für die Detailberatung schlage er vor, diese in die folgenden Teile aufzuteilen: Vorbericht, Zusammenzüge, Abschreibungstabelle, Verpflichtungskreditkontrolle, Nachkreditstabelle, Detaillierte Auswertungen.

Gegen das Vorgehen werden keine Einwände erhoben.

Fraktionserklärungen:

Patrick Rösli führt namens der forum-Fraktion aus, der neue Finanzverwalter Reto Rutschi habe die Jahresrechnung 2014 mit einem Plus von rund CHF 1.9 Mio. abschliessen können. Grundlage für diese Entwicklung sei die Abstimmung vom 15. Dezember 2013 gewesen, an der die Bevölkerung den Voranschlag mit einem Ja-Anteil von 53,6 % gutgeheissen habe, u.a. mit einer Erhöhung des Steuerfusses auf 1.2. Der damalige Finanzverwalter Beat Schmid habe seinem Nachfolger so einen genehmigten Voranschlag überreichen können. Für das forum sei dabei wesentlich, dass das Eigenkapital wieder die anvisierte Minimalhöhe erreicht habe. Die Zukunft werde zeigen, ob nachhaltig ausgeglichene Rechnungen möglich seien oder ob das Eigenkapital wieder Aufwandüberschüsse auffangen müsse.

Zur Jahresrechnung 2014: Das forum bedanke sich insbesondere für die verschiedenen Neuerungen, unter anderem für die Abschreibungstabelle und die Tabelle mit der Verpflichtungskreditkontrolle. Das forum erlaube sich einen kleinen instrumentellen Hinweis und möchte nahelegen, beendete Projekte nach Möglichkeit auch in

der Buchhaltung rasch abzuschliessen. Zu begrüssen sei weiter die hohe Investitionstätigkeit. Im Jahr 2014 hätten mehrere verzögerte Vorhaben erfolgreich realisiert werden können. Er habe am Anfang das Abstimmungsergebnis erwähnt. Das Ergebnis sei klar gewesen, aber doch eher knapp. Über die Jahresrechnung 2014 hinaus empfehle das forum deshalb, die gestartete Aufgaben- und Strukturüberprüfung ASP engagiert, aber mit Augenmass, weiterzuverfolgen. Das forum unterstütze den Antrag des Gemeinderats, die Jahresrechnung 2014 der Gemeinde Muri bei Bern zu genehmigen.

Matthias Gubler führt aus, die FDP/jf-Fraktion nehme mit Freude zur Kenntnis, dass die Jahresrechnung 2014 mit einem Ertragsüberschuss von CHF 1.9 Mio. abschliesse. Damit zeige die auf die Steuerperiode 2014 beschlossene Steuererhöhung Wirkung. Der Überschuss werde dem Eigenkapital zugeführt, welches sich damit auf CHF 11.592 Mio. belaufe und über den definierten drei Steuerzehnteln liege. Die Gründe würden zusammengefasst im Mehrertrag von CHF 0.75 Mio. aus den ordentlichen, periodischen Steuereinnahmen liegen, CHF 0.95 Mio. würden aus ausserordentlichen Steuereinnahmen wie z.B. Grundstückgewinnsteuern resultieren. Auch die aus dem FILAG resultierenden Leistungen seien um ca. CHF 1 Mio. gesunken. Das Gesamtergebnis werde gegenüber dem Voranschlag um CHF 2.8 Mio. übertroffen. Der Investitionsbedarf sei mit 121 % ebenfalls gut ausgelastet. Die FDP/jf-Fraktion empfehle in diesem Sinn die Rechnung 2014 zur Annahme.

Raphael Racine erklärt, die SP-Fraktion sei natürlich hoch erfreut über den positiven Abschluss der Jahresrechnung 2014 mit einem Ertragsüberschuss von CHF 1.9 Mio. Erfreut sei die SP auch über die Erkenntnis des liberal geprägten Gemeinderats, dass der positive Abschluss in erster Linie auf Steuererhöhungen zurückzuführen sei. Wären diese Steuererhöhungen nicht beschlossen worden, so hätte wieder ein Defizit von rund CHF 3.5 Mio. resultiert. Man sehe also, dass Steuererhöhungen nicht per se des Teufels seien, sondern sie könnten durchaus als Instrument einer vernünftigen Finanzpolitik dienen. Zum erfreulichen Abschluss der Jahresrechnung 2014 möchte die SP den Gemeinderat zwar loben, gleichzeitig indessen aber auch darauf hinweisen, dass ebenfalls eine gehörige Portion Zufall dahinterstecke. So gebe der Gemeinderat ja selber zu, dass zum Beispiel die kaum vorhersehbaren Grundstückgewinnsteuern wesentlich zum positiven Resultat beigetragen hätten. Mit Genugtuung nehme die SP zur Kenntnis – was auch schon verschiedentlich erwähnt worden sei –, dass der Realisierungsgrad der Investitionen bei 121 % liege. Der tiefe Realisierungsgrad sei von der SP in früheren Jahren schon mehrmals bemängelt worden. Nicht ganz zufrieden sei die SP hingegen mit einigen Eckpunkten bei den Finanzkennzahlen; dies sei von den anderen Parteien noch nicht erwähnt worden. Der Mittelwert des Selbstfinanzierungsgrades für die letzten 5 Jahre liege bei 19 %, was als krass ungenügend bewertet werden müsse. Ebenfalls ungenügend sei der Selbstfinanzierungsanteil, dessen Mittelwert bei 1.79 % liege. Gemäss kantonalen Richtlinien sei hier ein Anteil unter 10 % ungenügend. Auch der Investitionsanteil sei mit einem Wert von 10 % gerade so knapp genügend. Hier sei deshalb noch ziemlich viel Steigerungspotenzial vorhanden.

Alles in allem sei die SP dennoch sehr zufrieden mit der Jahresrechnung und genehmige sie ohne Zähnknirschen. Sie hoffe gleichzeitig, dass aufgrund des Resultats nicht gleich wieder Steuersenkungen zur Diskussion gestellt würden und wäre erfreut, wenn das Parlament etwas aktiver in den Prozess der Aufgaben- und Strukturüberprüfung ASP eingebunden würde. Die ASP werde in der Jahresrechnung leider nur ganz am Rand erwähnt.

Christian Spycher führt aus, die SVP-Fraktion habe die Jahresrechnung zur Kenntnis genommen und nehme wie folgt Stellung: Der Gesamtsteuerertrag liege rund CHF 1.7 Mio. über dem budgetierten Wert. Der Ertragsüberschuss von rund CHF 1.9 Mio.

werde dem Eigenkapital zugeführt, womit der vom Gemeinderat vorgegebene Eckwert von drei Steuerzehnteln wieder erreicht sei. Ohne die beschlossene Steuererhöhung würde der Aufwandüberschuss bei CHF 3.5 Mio. liegen, wie der Botschaft zu entnehmen sei. Die SVP-Fraktion sei gespannt, wie das Projekt ASP 2015+ umgesetzt werde, da jetzt wieder der Status quo bei den Ausgaben möglich wäre. Die SVP erwarte vom Gemeinderat nach wie vor eine konsequente Verfolgung mit Blick auf Mehraufwendungen bei den Tagesschulen und generell beim Personalaufwand. Die neue Leseart der Jahresrechnung ermögliche es, die Finanzkennzahlen genauer anzuschauen und deren Entwicklung genauer zu verfolgen. Insbesondere liege der Investitionsanteil jetzt wieder bei über 10 %. Die Frage im Hinblick auf die Entwicklung "Muri-Gümligen, mehr Einwohner und mehr Arbeitsplätze" sei erlaubt, welche Infrastruktur oder welche Investitionen auf Weitblick koordiniert würden. Die SVP verfolge weiterhin die Arbeit des Gemeinderats und unterstütze ihn jetzt mit der Empfehlung, den vorliegenden Beschluss anzunehmen.

Detailberatung

Vorbericht, S. 2-21

Keine Wortmeldungen.

Zusammenzüge, S. 22-28

Keine Wortmeldungen.

Abschreibungstabelle, S. 29

Keine Wortmeldungen.

Verpflichtungskreditkontrolle, S. 30-37

Keine Wortmeldungen.

Nachkreditabelle, S. 38-40

Keine Wortmeldungen.

Detaillierte Auswertungen, S. 41-76

Keine Wortmeldungen.

Eventualverpflichtungen, Anhang 1

Keine Wortmeldungen.

Rechnung Feuerwehr Allmendingen-Muri-Gümligen (AMG), Anhang 1

Keine Wortmeldungen.

Bericht der Revisionsstelle

Keine Wortmeldungen.

Das Wort wird aus dem Rat nicht weiter verlangt.

Das Schlusswort wird weder von Peter Kneubühler noch von Thomas Hanke verlangt.

Beschluss (einstimmig)

1. Genehmigung der Jahresrechnung 2014 mit einem Ertragsüberschuss von CHF 1'887'688.30.
2. Kenntnisnahme der Nachkredite.

6 Verwaltungsbericht 2014 der Gemeinde Muri bei Bern

Beat Wegmüller wendet sich im Namen der GPK mit folgenden Worten an die Ratsmitglieder: "Habt Ihr gewusst, dass die Thalstrasse in Gümligentalstrasse umbenannt wurde? Im Jahr 2014 in der Gemeinde Muri 13 Wohnungen fertiggestellt wurden? 71 Velo dem Drahtesel übergeben wurden? 106 Mädchen und Knaben in den Kindergarten gehen? 73'436 Medien in der Gemeindebibliothek ausgeliehen wurden? 130 Wasserproben analysiert wurden und zu keinen Beanstandungen führten? Total 6'678 Tonnen Abfall entsorgt wurde? Im Fundbüro 78 Gegenstände abgegeben wurden?"

Aber keine Angst, dass er den ganzen Verwaltungsbericht zitiere. Alle diese Zahlen und weitere interessante Feststellungen und Informationen könnten dem vorliegenden Verwaltungsbericht entnommen werden. In anderen Parlamenten werde die Existenz des Verwaltungsberichts in Frage gestellt. Die GPK möchte auf einen Verwaltungsbericht nicht verzichten. Diesen Bericht zu erstellen sei mit viel Arbeit, vor allem Fleissarbeit, verbunden. Die GPK danke deshalb der Verwaltung ausdrücklich für diese grosse Arbeit. Die GPK stimme den Beschlüssen 1 und 2 einstimmig zu und bitte den Rat, den Verwaltungsbericht zu genehmigen.

Thomas Hanke verzichtet als gemeinderätlicher Sprecher auf ein Votum.

Eintreten wird nicht bestritten.

Der Vorsitzende schlägt folgendes Vorgehen vor: Fraktionserklärungen, anschliessend kapitelweise Beratung.

Gegen das Vorgehen werden keine Einwände erhoben.

Das Wort wird für Fraktionserklärungen nicht verlangt.

Kapitelweise Beratung

Einwohnergemeinde, Seiten 6 + 7

Keine Wortmeldungen.

Grosser Gemeinderat, Seiten 8-18

Keine Wortmeldungen.

Gemeinderat, Seiten 19-25

Keine Wortmeldungen.

Präsidiales, Finanzen, Planung, Region, Seiten 26-33

Keine Wortmeldungen.

Bau, Seiten 34-37

Keine Wortmeldungen.

Sicherheit, Verkehr, Seiten 38-45

Keine Wortmeldungen.

Bildung, Seiten 46-49

Keine Wortmeldungen.

Jugend, Kultur, Sport, Seiten 50-56

Keine Wortmeldungen.

Gesundheit, Soziales, Seiten 57-63

Keine Wortmeldungen.

Umweltschutz, Seiten 64-69

Keine Wortmeldungen.

Sowohl Beat Wegmüller als auch Thomas Hanke verzichten auf ein Schlusswort.

Beschluss (einstimmig)

1. Der Verwaltungsbericht 2014 der Gemeinde Muri bei Bern wird genehmigt.
2. Die parlamentarischen Vorstösse gemäss Kapitel 28.1 (eine Motion) und Kapitel 28.2 (ein Postulat) werden als erfüllt abgeschrieben.

7 Rahmenkredit für den baulichen Unterhalt von Gemeindestrassen 2014; Abrechnung

Der Vorsitzende orientiert, die GPK habe keinen Sprecher nominiert.

Christian Staub verzichtet als gemeinderätlicher Sprecher auf ein Votum.

Eintreten wird nicht bestritten.

Das Wort wird weder für Fraktionserklärungen noch für weitere Wortmeldungen verlangt.

Beschluss (einstimmig)

Die Abrechnung über den Rahmenkredit für den baulichen Unterhalt der Gemeindestrassen im Jahr 2014 wird genehmigt. Sie schliesst bei einem bewilligten Rahmenkredit von CHF 500'000.00 mit CHF 489'473.30 ab (Kreditunterschreitung von CHF 10'526.70).

8 Motion Treier (FDP) / Häusermann (forum) / Wegmüller (SP): ASP mit Einbezug des Grossen Gemeinderats; Zwischenbericht

Der Vorsitzende orientiert, die Stellungnahme des Gemeinderats liege schriftlich vor.

Thomas Hanke verzichtet als gemeinderätlicher Sprecher auf ein Votum.

Beat Wegmüller (SP) erklärt, er möchte sich schon im Voraus beim Gemeinderat für seine zum Teil kritischen Feststellungen zu diesem Zwischenbericht entschuldigen. Nachdem das Projekt ASP gross angekündigt worden sei, hätten 31 Mitglieder des Parlaments diesen gemeinsamen Vorstoss von Hannes Treier, Martin Häusermann und ihm unterschrieben. Welche Idee damals dahinter gewesen sei? Da man nicht

genau gewusst habe, wie das Projekt ASP durchgeführt werde, sei gewünscht worden, dass das Parlament frühzeitig in den Prozess aktiv einbezogen werde. Damit habe man sich erhofft, dass gewisse Entscheidungen breit abgestützt würden. Es sei klar, dass viele ASP-Massnahmen in die Kompetenz des Gemeinderats fallen würden. Mit der Genehmigung des jeweiligen Voranschlags liege die Budgetkompetenz aber beim GGR. Sein Fazit zur ASP laute heute wie folgt: Der Gemeinderat informiere vor allem. Unter einem aktiven Einbezug stelle er sich etwas anderes vor. Dort, wo der Gemeinderat Parteien und Betroffene einbezogen habe, sei beim Lehrschwimmbecken Melchenbühl gewesen. Der Einbezug mit der Projektgruppe sei aber erst erfolgt, nachdem es heftige Reaktionen auf die Absicht, das Bad zu schliessen, gegeben habe und schlussendlich verschiedene parlamentarische Vorstösse dazu eingereicht worden seien. Es wäre sinnvoll – wie im Anhang 1 der Botschaft auf Seite 3 erwähnt –, wenn der gemeinsame Projektausschuss eingesetzt würde. Er wünsche sich, dass das Parlament besser und aktiv in den ganzen ASP-Prozess im Sinn der Motion einbezogen würde; ansonsten könne man die Motion bei nächster Gelegenheit als unerledigt abschreiben.

Patrick Rösli führt aus, die forum-Fraktion nehme den Zwischenbericht des Gemeinderats zur Kenntnis und danke für die im Rahmen der ASP 2015+ getätigte Arbeit. Insgesamt habe das Fallbeispiel des Lehrschwimmbeckens Melchenbühl gezeigt, wie es laufen könnte. Dort seien nämlich die Bevölkerung, der Gemeinderat und das Parlament einbezogen worden, was zu einer breit abgestützten Lösung geführt habe. Das forum wünsche sich, dass weitere Etappen der ASP analog zum Lehrschwimmbecken Melchenbühl umgesetzt würden. Dies würde aus Sicht des forums zu folgendem Vorgehen führen:

1. Identifikation von konkreten ASP-Projekten wie zum Beispiel Bärtschihus, Schützenhaus, Gewinnabschöpfung gbm oder im Schulbereich mit Themen wie Klassengrösse oder Schulbibliothek. Die Auflistung sei nicht vollständig; es seien durchaus auch verwaltungsorganisatorische ASP-Projekte denkbar.
2. Priorisierung dieser ASP-Projekte durch den Gemeinderat.
3. Pro ASP-Projekt werde ein Projektleiter oder eine Projektleiterin aus der Verwaltung bestimmt.
4. Es werde ein Projektausschuss einberufen, der – wie im September 2014 vom Gemeinderat in Aussicht gestellt – eine beratende, meinungsbildende Stimme habe. Einzubeziehen wären Vertreter des Gemeinderats, des Grossen Gemeinderats und allfällig involvierte Kommissionen und Organisationen ausserhalb. Unter Umständen brauche es mehrere separate Projektausschüsse, je nach ASP-Projekten, die bearbeitet würden.
5. Aus Sicht des forums entscheidend: Der Projektausschuss stelle den Informationsfluss zum Grossen Gemeinderat sicher.

Aus heutiger Sicht agiere die Aufgaben- und Strukturüberprüfung ASP zu weit weg vom Grossen Gemeinderat. Dies entspreche nicht der Absicht der vorliegenden parteiübergreifenden Motion.

Das Wort wird aus dem Rat nicht weiter verlangt.

Thomas Hanke erklärt, der Zeitpunkt der Berichterstattung an den GGR sei für ihn ungünstig gewesen. Es bestehe jedoch die Jahresfrist, innert welcher der Gemeinderat antworten müsse. Er hätte lieber den Sommer noch genutzt, um das eine oder andere Projekt noch besser aufzugleisen und die Informationen zu optimieren. Der Zwischenbericht sei "Stand heute"; er nehme die Kritikpunkte gerne entgegen.

Beschluss

Vom Zwischenbericht zur Motion Treier (FDP) / Häusermann (forum) / Wegmüller (SP): ASP mit Einbezug des Grossen Gemeinderats wird Kenntnis genommen.

9 Motion SP-Fraktion: Einführung der Volksmotion - Stärkung der Demokratie!

Der Vorsitzende orientiert, die Stellungnahme des Gemeinderats liege schriftlich vor.

Thomas Hanke erklärt, für den Gemeinderat seien bei seiner Antragstellung folgende Aspekte im Vordergrund gestanden: Wir hätten in unserer Gemeinde schlagkräftige Parteien und ein gut funktionierendes Parlament. Den Parlamentariern komme die wichtige und unerlässliche Aufgabe zu, für die aus der Bevölkerung stammenden Anliegen ein "offenes Ohr" zu haben und diese entsprechend ihrem politischen "gusto" in ihre ortspolitische Agenda aufzunehmen und zu vertreten. Dies sei in seinen Augen die Definition eines Volksvertreters und diese Aufgabe werde in unserer Gemeinde gut wahrgenommen. Zudem hätten die stimmberechtigten Bürgerinnen und Bürger unserer Gemeinde mit den Instrumenten Initiative, Referendum und Petition weitere Möglichkeiten, sich in den politischen Alltag einzubringen. Und diese Instrumente würden in unserer Gemeinde – wie man gesehen habe – sehr gelebt. Es sei deshalb in den Augen des Gemeinderats nicht erforderlich, nebst diesen drei Einwirkungsmöglichkeiten und den Volksvertretern im Parlament ein weiteres Instrument zu generieren. Initiative und Referendum würden zudem der Volksabstimmung unterliegen; eine Volksmotion liege dagegen allein in den Händen des Parlaments. Dies bedeute nach Ansicht des Gemeinderats eine Schwächung der Volksrechte. In diesem Sinn bitte er den Rat, die Überweisung der Motion abzulehnen.

Raphael Racine (SP) führt aus, dass der Gemeinderat seine Motion zur Ablehnung empfehle, habe ihn nicht sonderlich überrascht, höchstens vielleicht etwas enttäuscht. Er sei der Meinung, dass der Gemeinderat hier eine Gelegenheit verpasst habe, um Volksnähe zu zeigen. Er selber habe sich aufgrund des "Njet" des Gemeinderats nochmals kritisch überlegt, was denn an einer solchen Volksmotion so schlimm wäre oder ob das nicht eine gute Sache für alle sein könnte. Nicht nur für die Linken, sondern auch für die Mitte, für die Bürgerlichen und letzten Endes für die Bürger unserer Gemeinde. Auf der bürgerlichen Seite, etwa bei der FDP, bestehe vielleicht die Berfuchtung, dass eine solche Volksmotion einen grossen Administrationsaufwand auslöse. Die Antwort des Gemeinderats dürfte sie in dieser Hinsicht beruhigt haben; anhand des Beispiels unserer Nachbargemeinde Ostermundigen sehe man dies deutlich: Dort sei die Volksmotion im Jahr 2001 eingeführt worden und seither seien gerade mal deren 4 eingereicht worden. Es werde also keine übermässige Administration ausgelöst, aber – und dies sei entscheidend – das Volksrecht werde trotzdem genutzt. Wenn der Bevölkerung irgend etwas unter den Nägeln brenne, habe sie die Möglichkeit, eine Volksmotion einzureichen. Im Übrigen würde er sich bei einer Überweisung der Motion anbieten, in der nächsten Legislatur – sofern er wiedergewählt würde – 1-2 Vorstösse weniger einzureichen, um die Verwaltung zu Gunsten dieser Volksmotion zu entlasten. Bei der SVP sei er eigentlich davon überzeugt, dass sein Vorschlag einer Volksmotion auf Jubel und Freude stossen müsste, habe doch die SVP ein ganz prominentes "V" in der Parteibezeichnung. Die SVP betone ja auch immer wieder, das Volk sei der Souverän und nicht die Classe Politique. Deshalb könne die SVP einem so unkomplizierten Instrument wie der Volksmotion mit gutem Gewissen zustimmen. Dazu komme, dass er bei der Ausformulierung extra an die SVP gedacht und nicht das Beispiel von Zollikofen

gewählt habe, wo auch Ausländerinnen und Ausländer von der Motion Gebrauch machen könnten.

Der Gemeinderat argumentiere, dass bereits genügend demokratische Instrumente vorhanden seien und dass die Volksmotion die anderen Volksrechte schwächen würde. Diesen Punkt kaufe er dem Gemeinderat nun wirklich nicht ab. Der gleiche Gemeinderat, der von den letzten zwei Initiativen eineinhalb als ungültig erklärt habe, mache sich jetzt Sorgen um die Schwächung der Volksrechte. Und weil er sich Sorgen mache, lehne er die Volksmotion, die eine Stärkung der Volksrechte vorsehe, mit dem Argument ab, sie würde zu einer Schwächung der Volksrechte führen. Er sei der Meinung, dass diese Argumentationsführung aristotelischer Logik nicht ganz standhalten dürfte. Eine Initiative sei ein Mittel auf einer ganz anderen Ebene. Hier könne eine Volksabstimmung über ein Sachthema verlangt werden, über die Volksmotion entscheide hingegen das Parlament. Dies seien zwei ganz verschieden wählbare politische Wege. Die Volksmotion wäre je nach Situation eben gerade eine gute Alternative zu Volksinitiativen. Die Volksinitiative sei auch ökonomisch nicht immer sehr effizient. Es gebe Gruppen von Leuten, die hunderte von Stunden vor Migros und Coop bei Kälte und Regen verbringen würden, um Unterschriften zu sammeln. Dies sei volkswirtschaftlich gesehen ein grosser Aufwand und je nach Situation wäre die Volksmotion eine Alternative. Auf der anderen Seite gebe es vielleicht Gruppen, die in die Classe Politique, ins Parlament, kein Vertrauen hätten und hier wäre der Weg der Volksinitiative offen. Seine Vermutung sei deshalb, dass der Gemeinderat nicht Angst um die Schwächung der Volksrechte habe, sondern vielmehr um deren Stärkung.

Zu den geforderten 50 Stimmberechtigten: Er sei zwar der Meinung, dass diese Hürde nicht zu hoch sei. Er komme ursprünglich aus Worb. Dort kenne man die Volksmotion und es handle sich um eine vergleichbare Grösse. In den letzten 15 Jahren seien in Worb 2 Volksmotionen und 6 Volkspostulate eingereicht worden. Auf der anderen Seite habe ihn der Gemeinderat in seiner Antwort belehrt, was "Parlament" heisse, dass dies gemäss einem Wikipedia-Artikel von "parler" (reden) komme. Er rede deshalb hier im Parlament und beantrage eine Verdoppelung der Hürde auf 100 Stimmberechtigte. Der übrige Motionstext bleibe derselbe.

Fabian Burkhard erklärt namens der FDP/jf-Fraktion, wenn einem Teil der Bevölkerung etwas grundsätzlich nicht passe, könne dieser schon heute mit den bestehenden Instrumenten Initiative, Referendum und Petition entsprechend Einfluss nehmen. Dies sei von der Fraktion auch unbestritten. Wenn es um etwas weniger Grundsätzliches gehe oder dafür die Hürde der zu sammelnden Unterschriften zu hoch erscheine, könne das Anliegen bei einem Parlamentsmitglied – Stichwort "Volksvertreter" – deponiert werden. Bei einem berechtigten Anliegen werde sich immer jemand finden lassen, der einen entsprechenden Vorstoss einreiche. Bei einem unberechtigten Anliegen – beispielsweise Partikularinteressen – werde sich dann vielleicht niemand finden lassen, der sich bei seinen Parlamentskollegen blamieren wolle. Bei einer Volksmotion gebe es diese sinnvolle Hürde nicht mehr. Weiter bestehe – gerade bei einem solch tiefen Quorum, egal ob 50 oder 100 Unterschriften – die Gefahr des Missbrauchs als Wahlkampfinstrument. Aus diesen Gründen lehne die FDP/jf-Fraktion die vorliegende Motion ab.

Raphael Racine (SP) führt aus, das Argument vom offenen Ohr, das die Parlamentarier gegenüber der Bevölkerung haben sollten, sei auch schon vom Gemeinderat gekommen. Er wolle hier nicht allzu gross auf die "Causa Christa Markwalder" eingehen, aber diese sei aktuell gerade ein Thema. Mit einer Volksmotion brauche es eben keine Lobbyisten, die im Parlament für ein Thema lobbyieren würden, sondern man könne selber 50 Unterschriften sammeln für eine Volksmotion. Von daher handle es sich um ein Instrument, das eben gerade den Lobbyismus bekämpfe.

Peter Kneubühler (FDP) erklärt, das Instrument der Volksmotion berge auch eine gewisse Gefahr, indem es letztlich auch kontraproduktiv sein könne. 50 Personen hätten ein Anliegen und dieses gelange zum Parlament. Das Parlament habe dann vielleicht das Gefühl – wie man dies auch schon bei Jugendmotionen gesehen habe –, es handle sich um einen "Chabis" und die Motion werde abgelehnt. Bei den betroffenen Leuten werde dies nicht ein sehr gutes Gefühl auslösen und die Folge davon sei, dass die Parlamentsmitglieder "die Bösen" seien. Daher sei eine Volksmotion eventuell vielmehr kontraproduktiv und werde beim Volk vielleicht sogar eher eine Politikverdrossenheit auslösen. Dies sei kein abschliessendes Argument, aber man müsste es auch im Kopf behalten. Wenn jemand bei Regen und Kälte für eine Initiative Unterschriften sammeln müsse, setze er sich wenigstens ein. Die vielen Unterschriften seien nötig und dafür ein gewisses Engagement; man könne nicht einfach schnell 50 Unterschriften für eine Volksmotion sammeln. Für eine Initiative oder ein Referendum stecke mehr Engagement dahinter.

Fabian Burkhard (jf) führt aus, wenn er von jemandem ein Mail oder ein Telefon erhalten würde, der ihm die Gründe für einen Vorstoss darlegen würde, wäre er der Erste, der sich hinsetzen und einen solchen ausformulieren würde. Er sehe hier absolut kein Problem.

Beat Schmitter (FDP) erklärt, er möchte zum Lobbyieren etwas sagen. Wir seien hier in einer Gemeinde, nicht in einem Bundesstaat. Die Leute im Wohnquartier würden einen kennen und es seien keine materiellen Interessen vorhanden. Wenn sie mit einem Anliegen kommen würden – z.B. "wir haben eine blöde Insel mitten auf der Strasse, kannst Du nicht mal etwas unternehmen". Oder "kann man dort nicht ein Fahrverbot machen" –, könne man ihnen meistens in einer ersten Phase empfehlen, zuerst mit der Gemeinde zu sprechen und die Verwaltung anzurufen. Sehr oft könne das Problem schon rasch auf dieser Ebene gelöst werden. Wenn etwas vorliege, was schwerwiegender sei und man das Gefühl habe, dies müsste durch das Parlament umgesetzt werden, könne man mit einem Vorstoss kommen. Man habe hier ein Gremium von 40 Leuten, welche die Gemeinde ebenfalls kennen würden und die das beurteilen könnten. Die einzelnen Personen könnten ihre Rechte via Volksvertreter aus dem Quartier, den sie kennen würden, wahrnehmen. Dies sei nicht vergleichbar mit dem Bundesparlament, wo jemand für 4 Jahre gewählt werde und man danach kaum wisse, was diese Person mache. Hier in der Gemeinde würden die Parlamentarier erkannt und die Leute aus der Bevölkerung könnten mit ihren Anliegen auf diese zugehen.

Christa Grubwinkler (FDP) führt aus, es passiere ihr immer wieder, dass Leute auf sie zukommen und sagen würden: "Könntest Du bitte mal für das schauen. Könntest Du Dich bitte mal dafür einsetzen, dass ...". Vielfach sei es so, dass ein Telefonanruf genüge; deshalb würden von ihr auch nicht so viele Vorstösse kommen. Sie wisse nicht, wie es bei den andern Parteien sei, aber bei ihnen würden die Leute mit ihren Anliegen kommen. Aber wie gesagt, meistens genüge ein Telefonanruf und dann würden eben auch keine Vorstösse kommen.

Raphael Racine (SP) erklärt, das Frustrationspotenzial, wenn man für eine Initiative 1'000 Unterschriften sammeln müsse und die Initiative dann als teilungültig oder ungültig erklärt werde, sei weitaus höher, als wenn man einmal mit einer Volksmotion komme. Wenn diese abgelehnt würde, würden die Motionäre mit den Parlamentariern ins Gespräch kommen und erfahren, weshalb sie abgelehnt worden sei. Dies sei ein Prozess wie im Parlament, der dazu führen würde, dass bessere Motionen eingereicht würden.

Peter Kneubühler (FDP) führt aus, Raphael Racine sei wohl nicht bekannt, dass den Initianten gesagt worden sei, sie möchten doch bitte den Initiativtext zur Vorprüfung einreichen, damit eben so etwas nicht passiere. Es sei nicht nur der Gemeinderat, sondern auch das AGR, welches dies beurteile. Die Initianten hätten sich geweigert, den Text vorher einzureichen. Auf Bundesebene würden alle Initiativtexte im Voraus geprüft und mit den Initianten geschaut, was möglich sei. Aber dafür brauche es auch den Willen der Initianten. Wollten sie dies nicht machen, so komme es eben so heraus, wie bei den beiden vorliegenden Initiativen. Er habe das Gefühl, Raphael Racine verfüge nicht über alle Informationen oder wolle nicht darüber verfügen.

Ruth Raaflaub (FDP) erklärt, sie könne nur bestätigen, was Peter Kneubühler ausgeführt habe. Vor 12 Jahren sei eine Initiative eingereicht worden und man habe gewusst, dass man damit zur Gemeinde gehen und den Text prüfen lassen müsse. Man habe dies gemacht; sogar zweimal, damit der Text wirklich gültig erklärt worden sei und man mit der Unterschriftensammlung habe beginnen können. Sie habe auch bei jedem Wetter Unterschriften gesammelt und habe dies nicht als so wahnsinnig schlimm empfunden.

Peter Kneubühler (FDP) führt ergänzend aus, die Exekutive arbeite nicht gegen die Volksrechte, also gegen Initianten, die eine Initiative einreichen möchten. Dies sei auch beim Bund so. Die Volksrechte würden gestärkt, indem eben mit den Initianten Kontakt aufgenommen werde und man sie auf den guten Weg bringen wolle. Es handle sich nicht um einen Kampf, sondern um ein Miteinander.

Thomas Hanke erklärt, gemäss Art. 31 der Geschäftsordnung des Grossen Gemeinderates könne ein Motionär bis zur Abstimmung über die Überweisung die Motion abändern. Der Gemeinderat habe vorausgedacht und sich überlegt, wie es wäre, wenn Raphael Racine die Anzahl der nötigen Unterschriften abändern würde. Der Gemeinderat habe beschlossen, auch bei der jetzt beantragten Zahl von 100 Unterschriften an seinem Antrag auf Nichtüberweisung der Motion festzuhalten. Den Initianten sei letztes Jahr wirklich anboten worden, den Initiativtext wegen juristischer Bedenken bei den Formulierungen vorzuprüfen und man habe sogar in Aussicht gestellt, innerhalb von 6 Wochen zu antworten. Man habe die apodiktische Antwort "nein" erhalten. Den Initianten sei die Hilfe anboten worden, die Initiative so zu formulieren, dass sie im Falle der gültigen Einreichung auch umgesetzt werden könnte. Die Initianten hätten darauf verzichtet und dies möge man bitte beim künftigen "wording" auch berücksichtigen. Die Antwort – die der Gemeinderat nicht allein habe geben können, sondern die vom AGR mitgetragen worden sei – sei dann halt leider so ausgefallen. Das Initiativkomitee habe dies gewusst.

Das Wort wird aus dem Rat nicht weiter verlangt.

Beschluss (6 Ja / 24 Nein / 1 Enthaltung)

Die Überweisung der Motion SP-Fraktion: Einführung der Volksmotion - Stärkung der Demokratie! wird abgelehnt.

10 Interpellation forum betr. Massnahmen gegen weiteren Fluglärm auf dem Gemeindegebiet

Der Vorsitzende orientiert, die Stellungnahme des Gemeinderats liege schriftlich vor.

Daniela Pedinelli führt als gemeinderätliche Sprecherin aus, sie möchte eigentlich vollumfänglich auf die gemeinderätliche Antwort verweisen und nur zwei kleine Ergänzungen zur Erreichung einer gemeinsamen Flughöhe anbringen. Zum einen stehe

die Erneuerung der Betriebskonzession des Flughafens Bern-Belp an. Die Betreiberin habe das Gesuch eingereicht, das Betriebsreglement sei grosso modo dasselbe wie bis anhin. Die Betreiberin möchte eine neue Konzession für 50 Jahre. Solche Erneuerungen würden eigentlich nur den Landesflughäfen – Zürich-Kloten, Basel und Genf – erteilt. In der Regel würden Regionalflughäfen eine Erneuerung der Betriebskonzession für 30 Jahre erhalten. In der Botschaft sei dargelegt, in welchem Sinn der Gemeinderat Stellung genommen habe. Er habe nichts gegen die Erneuerung der Betriebskonzession, habe aber – wie er es schon immer getan habe – eine Reduktion der Lärmimmissionen und die strikte Einhaltung der Grenzwerte gefordert. Der Gemeinderat habe zudem beschlossen, im Rahmen einer Aktienkapitalerhöhung der Flughafen Bern AG Aktien zu zeichnen. Das Aktienkapital werde vor allem für die Pistensanierung, aber auch noch für andere Ausbaupläne aufgestockt. Der Gemeinderat habe beschlossen, zusätzlich zu den bestehenden Aktien, welche die Gemeinde schon habe, 50 Aktien à CHF 100.00 zu zeichnen. Dies sei verknüpft worden mit den Erwartungen – wie den Lokal-Nachrichten vom 28. April 2015 zu entnehmen gewesen sei –, dass die Lärmgrenzwerte ganz strikt eingehalten würden und es keine Erweiterung der bewilligten Flugbewegungen und der Flugzeiten gebe.

Walter Thut (forum) führt aus, die Fraktion bedanke sich für die ausführliche Beantwortung der Interpellation. Die Antwort sei nicht so ausführlich erwartet worden, was umso schöner sei, zeige dies doch, dass das Anliegen ernst genommen worden sei. Es sei richtig, dass durch wirtschaftliche Misserfolge und durch die Auflagen an den Flugplatz die Lärmimmissionen in den letzten Jahren eher kleiner geworden seien und die technischen Möglichkeiten für Anflüge uns in Zukunft auch etwas entlasten würden. Es stelle sich also die Frage, weshalb das Thema Teile der Bevölkerung immer wieder beschäftige. Es sei eine Initiative eingereicht worden und die Interpellation des forums liege auf dem Tisch. Das forum erachte es als richtig und wichtig, dass die Gemeinde die Lärmproblematik im Auge behalte. Es sei wohl nicht einfach, den Betriebslärm des Flughafens und das Ruhebedürfnis der Bevölkerung in Einklang zu bringen; zudem seien die Einflussmöglichkeiten der Gemeinde beschränkt. Das forum freue sich, dass die Gemeinde Lärmverminderung und erhöhte Sicherheitsmassnahmen unterstütze und vermehrten Flugbewegungen kritisch gegenüberstehe. Der Eindruck bei einem Teil der Bevölkerung, der Gemeinderat engagiere sich in dieser Frage nicht genügend, komme vielleicht daher, dass die Berichterstattung nicht immer prominent genug sei oder dass Leserinnen und Leser zu wenig aufmerksam seien. Es wäre vielleicht angemessen, die Berichterstattung unter das Motto zu stellen: "Tue Gutes und sprich darüber". In diesem Sinn sei es sicher richtig gewesen, der Bevölkerung den kürzlichen Kauf der Aktien zu erklären. Wir würden uns nichts vergeben, wenn wir dort dabei seien und es handle sich ja nicht um viel. Die Stadt Bern besitze 80 Mal so viele Aktien und der Kanton Bern 50 Mal so viele wie die Gemeinde Muri. Die öffentlichen Institutionen zusammen hätten gerade einmal 7 % aller Aktien. Die Geschäftspolitik werde also andernorts gemacht. Es sei aber gut, dass wir dabei seien und das forum unterstütze die geplanten Massnahmen der Gemeinde.

Der Rat nimmt die Stellungnahme des Gemeinderats zur Kenntnis.

11 Einfache Anfrage Aebersold (SVP) betr. "Containerdorf" im Sportzentrum Füllerich

Der Vorsitzende orientiert, die Stellungnahme des Gemeinderats liege schriftlich vor.

Barbara Künzi verzichtet als gemeinderätliche Sprecherin auf ein Votum.

Der Vorsitzende erklärt, bei Einfachen Anfragen gebe es keine Diskussion und damit sei die Beratung abgeschlossen.

Der Rat nimmt die Stellungnahme des Gemeinderats zur Kenntnis.

12 Informationen des Gemeinderats / der parl. Kommissionen

Gesamtkoordination Thunplatz – Ostring Stadt Bern

Thomas Hanke informiert, er habe letzte Woche vom Tiefbauamt der Stadt Bern einen Brief mit dem Thema "Gesamtkoordination Thunplatz – Ostring Stadt Bern / Information über die Projektierung Stadt Bern" erhalten. Die Stadt Bern wolle die Sanierung und Umgestaltung der Achse zwischen Thunplatz und Ostring mit den drei Teilprojekten Freudenbergplatz – Burgernziel, Burgernziel – Thunplatz und Thunplatz vornehmen. Der Stand der Dinge sei so, dass der Stadtrat vor den Sommerferien den Kredit für die weitere Projektierung der drei Teilprojekte beraten werde. Dem Brief könne entnommen werden, dass die vorberatende Kommission verschiedene Aufträge formuliert habe, "welche wesentlichen Einfluss auf die Projektierung und insbesondere das Verkehrssystem und -management haben könnten. Die Stadt hat entschieden, die Aufträge im Detail zu prüfen...". Und, was ihn freue. "Sie beabsichtigt, die direkt betroffenen Projektpartner ASTRA, Kanton Bern, Gemeinde Muri, Quartier und Bernmobil in diesen Prozess einzubeziehen und das Vorgehen abzustimmen". Was man immer gefordert habe, nämlich dass die Sanierung des Burgernziels – sei es nun wie angedacht mit Ampelsystem oder wie auch immer – nur in Zusammenarbeit mit den Partnern, die keine Autoverkehrsträgerachse hätten (Autobahn, Kanton, Gemeinde Muri), erfolgen könne, sei damit sichergestellt.

13 Neue parlamentarische Vorstösse

Motion Racine (SP): Beitritt zur Vereinigung gegen Fluglärm!

Der Gemeinderat wird beauftragt, im Namen der Einwohnergemeinde Muri b. Bern der Vereinigung gegen Fluglärm (VgF) beizutreten.

Begründung:

Der Fluglärm in der Einwohnergemeinde Muri b. Bern ist ein zentrales Thema, das die Bevölkerung beschäftigt und belastet. Wegen des störenden Fluglärms wurde schliesslich gar eine Initiative lanciert, die im September 2014 mit 1'051 Unterschriften eingereicht und leider als ungültig erklärt wurde. Die 1'051 Unterschriften sind jedoch ein starker Beweis dafür, dass das Thema Fluglärm weiten Teilen der Wohnbevölkerung unserer Gemeinde unter den Nägeln brennt. Die VgF kämpft seit über 30 Jahren gegen die schädlichen Auswirkungen des Fluglärms. Mit politischen und rechtlichen Mitteln setzt sich die VgF konsequent dafür ein, dass die Wohn- und Lebensqualität der Flughafenanrainergemeinden erhalten bleibt und dass die Bevölkerung vor den Belastungen des Fluglärms besser geschützt wird. Somit kämpft die VgF letzten Endes für den Standortvorteil unserer Gemeinde und wirkt der Wertverminderung unserer Liegenschaften entgegen. Mit dem Beitritt zum VgF würde die Einwohnergemeinde Muri b. Bern ein starkes Zeichen gegen Fluglärm setzen und wäre jeweils auf dem Laufenden über das aktuelle Geschehen. Eine Kollektivmitgliedschaft kostet jährlich nur CHF 100.-. Dafür erhalten Mitglieder u.a. zweimal jährlich das „Leise Flugblatt“ mit den Informationen der Vereinigung. Setzen wir deshalb ein Zeichen! Treten wir als Einwohnergemeinde Muri b. Bern der Vereinigung gegen Fluglärm (VgF) bei!

J. Brunner, D. Ritschard, Y. Brügger, B. Wegmüller, B. Schneider, B. Fitze Wehrle,
S. Kempf (8)

Mitteilungen

Der Vorsitzende teilt mit, da die Brasserie Mattenhof nach wie vor geschlossen sei, habe er wieder im Bärtschihs, in der "Burestube", reserviert für ein parteiübergreifendes Ausklingen der Parlamentssitzung.

Die Anmeldungen für den Parlamentsausflug könnten per Mail an die Gemeindeverwaltung gesandt oder Karin Pulfer direkt abgegeben werden.

Gegen das Verfahren liegen keine Einwände vor.

GROSSER GEMEINDERAT MURI BEI BERN
Der Präsident: Die Protokollführerin:

Beat Schneider

Anni Koch